

Reformen evaluieren und investieren

Die Stellungnahme der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) zum Entwurf für den Hochschulartikel

In ihrer Vernehmlassung zum Entwurf für einen neuen Hochschulartikel in der Bundesverfassung fragt sich die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) grundsätzlich, ob es nötig und richtig sei, unmittelbar nach dem Inkrafttreten des neuen Universitätsförderungsgesetzes (UFG) und der Zusammenarbeitsvereinbarung auf Verfassungsebene die Weichen für gesetzliche Regelungen nach 2007 zu stellen.

Bevor die Tauglichkeit der soeben geschaffenen Strukturen und Abläufe erprobt und der Dialog über die Neuverteilung

von Verantwortungen und Kompetenzen auf allen Ebenen fundiert, unvoreingenommen und sorgfältig geführt worden ist, scheint es der CRUS nicht verantwortbar, bereits weitergehende oder anders angelegte Entwicklungen forcieren zu wollen. Die kantonalen Universitäten und die beiden ETH haben gerade in jüngster Zeit wiederholt ihren Willen zu konsequenter Erneuerung bewiesen. Andererseits müssen sie vor allem gegenüber jungen Menschen, die sich für eine lange und anspruchsvolle Ausbildung entschieden haben, verlässlich bleiben und dürfen nicht sprunghaft ihre Ausrichtung ändern. Die Universitäten brauchen jetzt Zeit (und auch die erforderlichen Mittel), um die neuen Gesetze des Bundes und der Hochschulkantone umzusetzen und zu evaluieren.

Die CRUS unterbreitet einen in Zusammenarbeit mit Prof. Ulrich Zimmerli erarbeiteten Gegenentwurf, in dem die Prinzipien der Finanzierung der Hochschulen nicht bloss zum Gegenstand eines vertikalen Konkordates gemacht werden, sondern der Gesetzgeber verpflichtet wird, die Grundsätze der Bundesfinanzierung festzulegen. Für erwartete Leistungen der Hochschulen sind auch die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Auf die unterschiedlichen Trägerschaften ist Rücksicht zu nehmen, und Institutionen mit gleichen Aufgaben müssen rechtsgleich behandelt werden. Echte Chancengleichheit unter allen universitären Hochschulen ist aber erst zu erreichen, wenn das Prinzip einer gemischten Finanzierung auch auf die beiden ETH angewendet wird, also der Bund diese nur noch als Träger direkt finanziert.

Die binäre bzw. multiple Ausgestaltung des schweizerischen Hochschulsystems (gleichwertige, aber verschiedene Hochschultypen) muss nach Auffassung der CRUS auch in der Bundesverfassung deutlich erkennbar festgehalten werden. Es geht auch nicht nur um die Neuverteilung staatlich-trägerschaftlicher Kompetenzen, sondern letztlich um die Frage, wie viel Verantwortung die autonomen Hochschulen selber (und auch gemeinsam) wahrnehmen können. Der positiven Entwicklung der universitären Autonomie würde es zuwiderlaufen, wenn der Bund oder gemeinsam eingesetzte Organe daran gingen, Zuständigkeiten an sich zu binden, die von den Kantonen bzw. vom ETH-Rat bereits seit einiger Zeit und mit Erfolg auf die universitären Hochschulen übertragen worden sind. Besonders stossend findet die CRUS, dass der Koordinationsverpflichtung ausschliesslich die (subventionierten) kantonalen Universitäten, also nicht auch die beiden (vom Bund direkt finanzierten) ETH unterworfen sind.

Abschliessend betonen die Rektoren und Präsidenten der universitären Hochschulen, dass zu den wesentlichen Zielsetzungen der gemeinsamen Hochschulpolitik die wirkliche Autonomie der Hochschulen gehöre, d.h. ihre Freiheit des Handelns und Entscheidens und ihre Selbstverantwortung im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit der Trägerschaft. Diese Autonomie kann nicht mit Grundsatzkompetenzen des Bundes und der Kantone geregelt, sie muss einfach garantiert werden und sich für jeden Standort im Vertrauensverhältnis zwischen Trägerschaft und Hochschule bewähren.

Weitere Informationen:

Mathias Stauffacher, Generalsekretär CRUS, stauffacher@crus.ch

Text der Stellungnahme: www.crus.ch/docs/aktuell/BV-Art.doc

Editorial

Information und Reflexion im Netzwerk

Das Netzwerk *Future* setzt sich aus Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen. Ziel ist die Verbesserung des Informationsflusses sowie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaftlern und Parlamentariern aus allen politischen Gruppierungen auf Bundesebene.

Das Netzwerk will mit Hilfe seiner Partner aus der Politik der Bildung und Forschung in der Schweiz den hohen kulturellen, sozialen und ökonomischen Stellenwert zukommen lassen, der ihnen gebührt. Dazu braucht es eine aktive, solide und nachhaltige Investitionspolitik auf Ebene des Bundes und der Kantone.

Die Netzwerkpartner beabsichtigen, in einem kritischen und von gegenseitigem Vertrauen geprägten Geist einen Informations- und Gedankenaustausch über die Zukunft der Hochschulen und der Forschung zu unterhalten, dies unter dem Aspekt einer gesamtschweizerischen Vision.

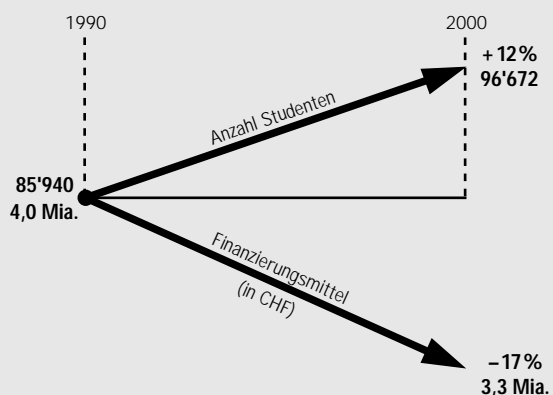
Das Netzwerk *Future* ist nicht als Lobby organisiert. Es will jedoch alle Kräfte zusammenführen, die dazu beitragen können, dass Bildung und Forschung in unserem Land auf höchstem Niveau betrieben werden.

Denn es geht um eine lebenswichtige Investition in unsere langfristige kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

*Rémy Scheurer, Nationalrat
Präsident des Politiker Teams Future*

Universitäre Hochschulen: Studentenzahl und Finanzierungsmittel driften auseinander

Die 12 schweizerischen universitären Hochschulen in 10 Jahren



- unter Berücksichtigung der Inflation
- ohne Drittmittel

Im Jahr 2000 betrug die Kosten für die Infrastruktur (Bauten und wissenschaftliche Einrichtungen) 466 Millionen Franken oder rund 10 Prozent des jährlichen Gesamtbudgets.

Weitere Informationen: raymond.werlen@crus.ch

Der erste «CASS fellow» steht parlamentarischen Kommissionen zur Verfügung

Der Rat der schweizerischen wissenschaftlichen Akademien (CASS) hat – dank der Unterstützung der Gebert Rüt Stiftung – ein Pilot-Programm lanciert, das zwei Forschern ermöglicht, als Stipendiaten ihr Wissen den parlamentarischen Kommissionen zur Verfügung zu stellen.

Alexander Mathis, erster CASS-Stipendiat, besitzt als Biologe der Parasitologie und promovierter Naturwissenschaftler der ETH Zürich umfassende Erfahrung in der Agroökologie. Bei Antritt seines Stipendiums im Januar 2002 wurde er mit der Aufgabe betraut, die Argumente des Ständerats zur Genlex mit Blick auf die Debatte im Nationalrat zu überprüfen. Mathis war, wie er sagt, «durch die Kommissionssekretariate herzlich aufgenommen worden und von der hohen Fachkompetenz der Parlamentarier in so komplexen Bereichen wie Bioethik oder Stammzellen überrascht». Der «Forscher-Berater» ist enthusiastisch, die Parlamentsdienste zufrieden, die Parlamentarier wohlwollend. Ein zweiter Stipendiat soll noch in diesem Jahr ausgewählt werden.

Weitere Informationen:

Anne-Christine Clottu Vogel, clottu@sanw.unibe.ch

Öffentliche Finanzierung F&E von 1968 bis 1998: Finanzpolitik und ökonomisches Umfeld entscheiden

Die Analyse über die öffentliche Finanzierung der Forschung und Entwicklung von 1968 bis 1998 weist eine «sehr grosse Stabilität» über die Gesamtheit der Periode auf. Der Bericht (veröffentlicht vom Observatoire EPFL Science-Politique-Société) zeigt deutlich, dass die Finanzierung von F&E hauptsächlich durch Erwägungen der Finanzpolitik und des ökonomischen Umfelds bestimmt wird. Dies erklärt zum Beispiel die Senkung der finanziellen Beiträge zwischen 1973 bis 1983 (Periode der Ausgabenbremse des Bundes), die Erhöhung derselben zwischen 1983 bis 1992 und die Stagnation der Mittel seit 1992.

Weitere Informationen:

<http://osps.epfl.ch/General/Cahiers/Resources/05-Lepori.pdf>

Zwischen +4% und +10%: Investieren oder sparen?

Seit einigen Wochen ist die Debatte um zusätzliche Investitionen des Bundes für die Periode 2004 bis 2007 für Bildung, Forschung und Technologie (BFT) offen. Indiskretionen zufolge hört man, dass das Finanzdepartement die Zunahme auf 4 Prozent begrenzen möchte. Ruth Dreifuss und Pascal Couchepin, Vorsteher der Departemente des Innern resp. der Volkswirtschaft, wünschen sich 6,5 Prozent. In wissenschaftlichen Kreisen wird eindeutig gehofft, dass man die Tendenz der Neunzigerjahre (Stabilität = Rückgang) umkehrt. Der Präsident des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierats, Gottfried Schatz, meint, dass eine Zunahme von 10 Prozent nötig wäre, um dem schweizerischen Universitätsplatz eine effiziente Entwicklung zu garantieren und eine leistungsfähige Forschung auf internationalem Niveau zu ermöglichen.

Und jetzt? Investieren oder sparen? Zu dieser Frage hat Charles Kleiber, Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung, in einem am 24. Februar in der Wochenzeitung «dimanche.ch» publizierten Interview Stellung genommen. Die Zahlen, die er nennt, sprechen eine deutliche Sprache: «Die bundesstaatlichen Subventionen für die Hochschulen sind pro Diplom (Lizenziat und Doktorat) zwischen 1980 und 2000 von 44'000 Franken auf 27'000 Franken gesunken. An der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne sind die Geldmittel in den letzten zehn Jahren um 34 Prozent pro Student gesunken. Beim Schweizerischen Nationalfonds für Forschung werden 30 bis 40 Prozent der Projektanträge abgewiesen. Im Durchschnitt beläuft sich der Betrag pro Gesuch auf 100'000 Franken. Deutschland hat 2,5 Mal und die Vereinigten Staaten 5,5 Mal mehr. Gefahr droht.»

Impressum

Netzwerk *Future*
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info – www.futureteam.info

Evaluer les réformes et investir

La position de la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) au sujet de l'article sur les hautes écoles

Dans le cadre de la procédure de consultation au sujet du projet d'article constitutionnel sur les hautes écoles, la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) pose une question de fond, à savoir s'il est bien nécessaire et opportun de créer au niveau constitutionnel des bases pour des réglementations légales devant être établies après 2007 alors que la nouvelle loi sur l'aide aux universités (LAU) et la convention de coopération viennent d'entrer en vigueur.

La CRUS estime en effet qu'il n'est pas sensé de vouloir forcer la poursuite de réformes, ou d'en lancer d'autres, avant que l'opportunité des structures et processus à peine

créés ne soit avérée dans la pratique et que n'ait eu lieu un dialogue fondé, ouvert et mené avec soin à tous les niveaux au sujet de la nouvelle répartition des responsabilités et des compétences. Pour la CRUS, les universités cantonales et les EPF ont fourni dans la période la plus récente plusieurs preuves de leur volonté conséquente de se renouveler. Les hautes écoles doivent en outre rester fiables en particulier envers les jeunes gens ayant fait le choix d'une formation exigeante et de longue durée, et ne peuvent brusquement changer d'orientation. Maintenant, les universités ont besoin de temps (et des ressources nécessaires) pour mettre en œuvre et évaluer les nouvelles lois de la Confédération et des cantons universitaires.

La CRUS soumet un contre-projet – établi en collaboration avec le professeur Ulrich Zimmerli – dans lequel les principes du financement des hautes écoles ne deviennent pas tout simplement l'objet d'un concordat vertical, mais qui oblige le législateur à fixer des principes pour le financement fédéral. Il s'agit de mettre à disposition des hautes écoles les moyens nécessaires pour fournir les prestations que l'on attend d'elles. Toujours selon la CRUS, il convient de prendre en considération le caractère spécifique des différentes collectivités qui ont la charge des hautes écoles et de veiller à l'égalité de traitement entre les institutions qui assument des tâches identiques. Une véritable égalité des chances entre toutes les hautes écoles universitaires ne pourra toutefois être réalisée qu'à la condition que le principe d'un financement mixte soit également appliqué aux deux EPF, ce qui signifie que la Confédération ne devrait plus financer directement ces dernières qu'en tant qu'autorité de tutelle.

Du point de vue de la CRUS, le caractère binaire, ou multiple, du système suisse de l'enseignement supérieur (différents types de hautes écoles, mais de même valeur) doit être établi de façon claire dans la Constitution. Il n'en va pas seulement, en fin de compte, d'une nouvelle répartition de compétences entre des autorités politiques et bailleurs de fonds, mais bien davantage de la question de savoir quelle responsabilité les hautes écoles autonomes peuvent assumer elles-mêmes (individuellement ou en commun). Cela irait à l'encontre de l'évolution positive vers l'autonomie universitaire si la Confédération ou des organes institués conjointement avaient l'intention d'assumer des compétences que les cantons et le Conseil des EPF viennent de déléguer avec succès aux hautes écoles universitaires il y a quelque temps déjà. La CRUS déplore particulièrement le fait que l'obligation de coordination s'applique uniquement aux universités cantonales (subventionnées), mais pas aux deux EPF (financées directement par la Confédération).

Enfin, les recteurs et les présidents des hautes écoles universitaires soulignent que l'un des objectifs les plus importants de la politique commune dans le domaine de l'enseignement supérieur réside dans la véritable autonomie des hautes écoles, c'est-à-dire dans leur liberté d'action et de décision et l'exercice de leurs responsabilités dans le respect des contrats de prestations avec leurs autorités de tutelle. Cette autonomie ne peut être réglée par des principes dont la formulation relèverait de la compétence de la Confédération et des cantons; elle doit être tout simplement garantie et faire ses preuves pour chaque établissement, dans le cadre d'une relation de confiance entre la haute école et son autorité de tutelle.

Pour de plus amples informations:

Mathias Stauffacher, secrétaire général de la CRUS, stauffacher@crus.ch

Prise de position intégrale (en allemand): www.crus.ch/docs/aktuell/BV-Art.doc

Editorial

Information et réflexion en réseau

Le réseau *Future* est composé de partenaires des milieux académiques, privés et politiques. Il entend améliorer l'information et promouvoir le dialogue entre scientifiques et parlementaires de tous les groupes politiques au niveau fédéral.

Le réseau, plus spécifiquement au moyen de ses partenaires politiques, veut agir pour que l'on reconnaisse en Suisse à la formation et à la recherche toute leur importance culturelle, sociale et économique, ce qui suppose une politique d'investissement ambitieuse, constante et durable de la part de la Confédération et des cantons.

Les partenaires du réseau entendent entretenir entre eux, dans un esprit à la fois critique et de confiance réciproque, un échange nourri d'informations et de réflexions sur les perspectives des hautes écoles et de la recherche, cela dans une vision nationale sans exclusive.

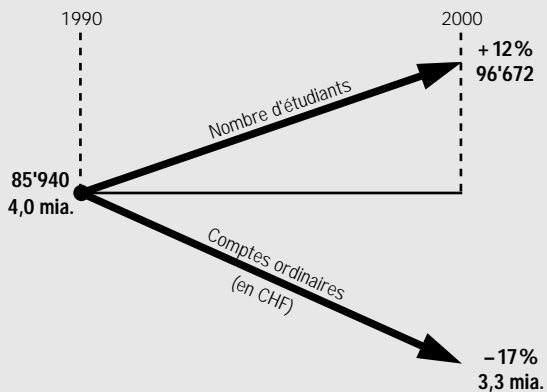
Le réseau *Future* n'est pas organisé en lobby. Il entend favoriser la réunion de toutes les forces capables d'assurer dans notre pays les meilleurs niveaux possibles à la formation supérieure et à la recherche scientifique.

Il s'agit d'investissements vitaux pour notre développement culturel, économique et social à long terme.

Rémy Scheurer, Conseiller national
Président du Team politique Future

Hautes écoles universitaires: nombre d'étudiants et financement divergent

Les 12 hautes écoles universitaires suisses en 10 ans



- en tenant compte de l'inflation
- sans les fonds tiers

Pour l'an 2000, les coûts calculés d'infrastructure (constructions et équipements scientifiques de bases) se montent à 466 millions de francs, soit environ 10% du budget annuel total.

Informations complémentaires: raymond.werlen@crus.ch

Le premier «CASS fellow» à disposition des commissions parlementaires

Le Conseil des Académies scientifiques suisses (CASS) vient de lancer – grâce à l'appui de la Fondation Gebert Rûf – un programme-pilote permettant à deux chercheurs-boursiers de mettre leurs connaissances à disposition des commissions parlementaires.

Alexander Mathis, premier boursier CASS, est un biologiste parasitologue, docteur en sciences naturelles de l'EPFZ et possédant une large expérience en agroécologie. Entré en fonction au début janvier 2002, on lui a aussitôt demandé d'analyser les arguments du Conseil des Etats concernant la Genlex en vue de la préparation des débats au Conseil national. Il se dit «extrêmement bien accueilli par les secrétaires des commissions et surpris du haut niveau de compétence des parlementaires sur des questions aussi complexes que la bioéthique ou les cellules souches». Le «chercheur-conseiller» est enthousiaste, les Services du Parlement sont satisfaits, les parlementaires bienveillants. Le second boursier devrait être choisi cette année encore.

Informations complémentaires:

Anne-Christine Clottu Vogel clottu@sanw.unibe.ch

Financement public de la R&D de 1968 à 1998: la politique financière et la situation économique décident

L'analyse du financement public de la recherche & développement de 1968 à 1998 montre une «très grande stabilité» sur l'ensemble de la période. Le rapport (publié dans les Cahiers de l'Observatoire EPFL Science-Politique-Société) indique clairement que le financement de la R&D est essentiellement déterminé par des considérations de politique financière et de situation économique. Ceci explique, par exemple, la diminution de l'engagement financier entre 1973 et 1983 (période de frein aux dépenses de la Confédération), la croissance remarquable entre 1983 et 1992 ou encore la stabilisation prolongée des moyens dès 1992.

Informations complémentaires:

<http://osps.epfl.ch/General/Cahiers/Resources/05-Lepori.pdf>

Entre +4% et +10%: investir ou économiser?

Depuis plusieurs semaines, le débat est ouvert sur l'augmentation des investissements 2004-2007 de la Confédération pour la formation, la recherche et la technologie (FRT). Des indiscretions ont laissé entendre que le Département des finances entendait limiter l'accroissement à 4%. Ruth Dreifuss et Pascal Couchepin, patrons des Départements de l'Intérieur et de l'Economie, souhaitent 6,5%. Quant aux milieux scientifiques, ils souhaitent clairement que l'on inverse la tendance des années 90 (stabilité = recul); et le Président du Conseil suisse de la Science et de la Technologie, Gottfried Schatz, pense qu'il faudrait 10% d'augmentation pour permettre à la place universitaire suisse d'apporter un appui efficace au développement du pays et à sa capacité concurrentielle de recherche au niveau international.

Alors, investir ou économiser? Pour éclairer cette question, le Secrétaire d'Etat à la Science et à la Recherche, Charles Kleiber, a été encore plus clair dans une interview parue le 24 février dans l'hebdomadaire «dimanche.ch». Les chiffres qu'il avance mettent clairement en évidence la situation: «Les subventions fédérales dans les hautes écoles ont passé de 44'000.– à 27'000.– francs par diplôme (licences et doctorats) entre 1980 et 2000. A l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne, la baisse des ressources est de 34% par étudiant ces dix dernières années. Au Fonds national de la recherche, les taux de refus de projets vont de 30% à 40%. Les montants moyens par requête sont de 100'000 francs par an. Ils sont 2,5 fois plus élevés en Allemagne et 5,5 fois plus élevés aux Etats-Unis. Nous sommes en danger.»

Impressum

Réseau *Future*
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info – www.futureteam.info